

INTERPELLATION von Erich Vontobel (EDU, Bubikon), René Isler (SVP, Winterthur) und Hans Egli (EDU, Steinmaur)

betreffend Die Meinungsfreiheit im Kanton Zürich

Am 19. September hätte in Winterthur die Veranstaltung «Marsch fürs Läbe» im Kongresszentrum «gate 27» stattfinden sollen. Bekannte und gewaltbereite, linksextreme Gruppierungen haben im Vorfeld der Veranstaltung massiv gedroht und ihre Anhänger via Internet mobilisiert. Dies mit dem Ziel - wie sie selber sagen - sich den Fundis entgegenzustellen, ihre eigenen Inhalte auf die Strasse zu tragen und den Fundis deutlich zu zeigen, dass die Veranstalter unerwünscht sind. Wie das konkret aussehen kann, wurde am «Marsch fürs Läbe» vor einem Jahr in der Stadt Zürich sichtbar, wo genau diese Leute hasserfüllt für bürgerkriegsähnlich Zustände gesorgt haben. Diese - man kann sie nicht anders titulieren - linken Terroristen, haben Container abgefackelt und rücksichtslos in Kauf genommen, dass Kinder und Erwachsene des friedlichen Demonstrationzugs an Leib und Leben gefährdet wurden. Drei Polizisten wurden verletzt.

Vor diesem Hintergrund und den massiven Drohungen hat die Geschäftsleitung von «gate 27» kalte Füsse bekommen und der Veranstaltung «Marsch fürs Läbe» das Gastrecht entzogen. Damit haben diese linksextremen Gruppierungen ihr Ziel erreicht und es fertiggebracht, dass eine ihnen nicht genehme Gruppierung diskriminiert und mundtot gemacht wird.

Und im Zürcher Stadtrat ist vor knapp einem Monat die grüne Sicherheitsvorsteherin vor den Linksextremen eingeknickt. Sie wollte den «Marsch fürs Läbe» als stehende Kundgebung in einen Hinterhof verbannen. Dies obschon das Verwaltungsgericht letztes Jahr unmissverständlich festgehalten hat, dass ein «Marsch fürs Läbe» möglich sein muss.

Und nun ein ähnliches Trauerspiel in Winterthur. Extrem Links bestimmt, wer seine Meinung äussern darf und wer nicht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Steht der Regierungsrat hinter der Meinungsfreiheit als Grundrecht und sieht er diese in den geschilderten Vorkommnissen und deren Entwicklung ebenfalls in Gefahr?
2. In der Geschichte gibt es genug Beispiele, wo Minderheiten diskriminiert, anschliessend verfolgt und schliesslich sogar liquidiert wurden. Müssten dem Regierungsrat dazu nicht ein paar rote Lämpchen aufleuchten?
3. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die in unserer Bundesverfassung festgehaltenen Grundrechte ohne wenn und aber im Kanton Zürich gewährleistet sind und Rechtsgleichheit herrscht?
4. Wie stellt der Regierungsrat, besonders die Aufrechterhaltung, des Grundrechts der Meinungsfreiheit auch in den zwei grössten Städten unseres Kantons sicher?

Erich Vontobel
René Isler
Hans Egli

R. Ackermann
D. Bonato

H.P. Amrein
S. Bossert

U. Bamert
Y. Bürgin

A. Bender
R. Burtscher

P. Dalcher
B. Grüter
J. Hofer
T. Lamprecht
S. Lisibach
Ch. Mettler
J. Pinto
P. Schick
R. Truninger
U. Waser
E. Zahler

N. Fehr Düsel
L. Habicher
W. Honegger
V. Landmann
Ch. Lucek
G. Petri
D. Rinderknecht
S. Schmid
J. Vannaz
T. Weidmann
C. Zurfluh Fraefel

H. Finsler
U. Hans
B. Huber
K. Langhart
M. Marty
U. Pfister
R. Rogenmoser
J. Sulser
P. von Euw
K. Wydler

B. Fischer
M. Hauser
M. Hübscher
D. Ledergerber
P. Mayer
E. Pflugshaupt
R. Scheck
M. Suter
D. Wäfler
O. Wyss